

## **Antwort auf die Anfrage der AfD-Ratsgruppe (Drucksachen-Nr. 6392/2020-2025) für die Sitzung des Rates am 10.08.2023**

**Thema:**

### **Gedenkstätte für Opfer islamistischen Terrors**

Bielefeld unterhält einen Gedenkort für die Opfer rechtsextremer Gewalt, obwohl es im Rahmen der überregional bekannt gewordenen Morde weder im Falle der Opfer noch dem der Täter eine direkte Verbindung zu dieser Stadt gibt. Anders sieht es spätestens jetzt im Falle des Islamismus aus: Im Juli dieses Jahres wurde im Rahmen einer NRW-weiten Razzia auch eine mutmaßliche IS-Unterstützerin aus Bielefeld festgenommen. Diese alarmierende Nachricht zeigt die Tatsache, dass Bielefeld ein Islamismus-Problem hat, nochmals drastisch auf – wie auch zuvor schon immer wieder sichtbare, zwar nicht gewalttätige oder terroristische, aber durchaus als extremistisch einzuordnende (Macht-)Demonstrationen von Erdogan- oder Milli-Görüs-Anhängern. Das wiederum zeigt nachdrücklich, wie wichtig eine umfassende Erinnerungskultur für die Opfer islamistischer und jihadistischer Gewalt ist – gerade auch in Bielefeld.

Wir fragen daher die Verwaltung:

Ist seitens der Stadtverwaltung angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer islamistischer Gewalt geplant und wenn nein, warum nicht?

Zusatzfrage:

Ist von Seiten der Stadtverwaltung geplant, einen Dialogprozess über die Errichtung eines Gedenkortes mit den islamischen Gemeinden und Verbänden anzustoßen (beispielsweise durch das Kommunale Integrationszentrum) und wenn nein, warum nicht?

**Antwort:**

Initiativen zur Einrichtung von Gedenkstätten unterschiedlicher Art sind in der Vergangenheit in der Regel immer aus der Politik oder aus Teilen der Gesellschaft erfolgt und wurden dann von den politischen Gremien aufgegriffen. Nach entsprechenden positiven Voten durch die politischen Gremien ist es anschließend Aufgabe der Verwaltung, entsprechende Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten und diese zur Entscheidung in die Politik einzubringen.

Zusatzfrage:

Nein. Der Dialog mit den genannten Vereinigungen bezieht sich vor allem auf die Gestaltung des Zusammenlebens hier vor Ort. Ein wichtiges Ziel dabei ist, Begegnung zu fördern und Kommunikation zu ermöglichen (auch über kritische Themen) und damit Kommunikationshürden und Vorbehalte abzubauen.

Nach Aussage der Polizei spielen die hiesigen Vereinigungen im Hinblick auf die Radikalisierung von Menschen keine auffällige Rolle. Diese findet offensichtlich vorrangig auf anderen Wegen – z.B. über die Social Media – statt. Nach Aussage der Polizei ist das Hellfeld (also die bekannten und deshalb auch von der Polizei beobachteten Personen) relativ klein und im Umfang stabil.

Ingo Nürnberger  
Erster Beigeordneter